

Demonstration zum „Tag der Menschenrechte“ am 09.12.2006

Rede von Peter Schenzer für das Hamburger Forum

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
im Krieg gibt es keine Menschenrechte mehr. Im Krieg ist die Zivilbevölkerung die Geisel der Armeen. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten dürfen daher nicht abgeschoben werden. Aufs schärfste zu verurteilen ist die Hamburger Senatspolitik, Familien nach Afghanistan abzuschicken!

Die Bundeswehr wird in immer neue Einsätze geschickt: Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Kongo, Libanon etc., im Rahmen der NATO, der EU, der UN oder in sogenannten ad-hoc-Koalitionen. Offiziell dienen die Auslandseinsätze humanitären Zielen oder "unserer" Sicherheit. Ist das wirklich so? Im neuen „Weißbuch“ der Bundeswehr steht, dass ein "ungehinderter Warenaustausch" und die "Rohstoffzufuhr" auch militärisch gesichert werden sollen. Auch die Bundesregierung schert sich wie die anderen Regierungen der reichen G8-Staaten einen feuchten Kehrriechen darum, dass Bodenschätze jenen gehören, in deren Land sie liegen. Egal, ob die Bundeswehr am Hindukusch steht, am Persischen Golf, oder wo auch immer künftig deutsche Begehrlichkeiten entstehen mögen: Dort wird nichts verteidigt, sondern es werden ökonomische und machtpolitische Interessen mit Militäreinsätzen durchgesetzt.

So ist beispielsweise der erst jüngst beendete EU-Militäreinsatz mit deutscher Beteiligung im Kongo, der die Widerwahl Joseph Kabilas absicherte, nichts anderes als eine Art "Investitionsschutz" für die reichen imperialistischen Großmächte. Denn Joseph Kabila ist gerade derjenige korrupte Machthaber im Kongo, der unter den Augen der dortigen Bevölkerung die Ressourcen und Reichtümer des Landes an westliche Konzerne verschleudert hat.

Das neue "Weißbuch" der Bundesregierung stellt den legitimatorischen Rahmen für die prinzipiell nicht mehr begrenzte räumliche und sachliche Ausweitung

des Einsatzgebietes der Bundeswehr dar. Ob im Inneren oder zur Abwehr sogenannter "Gefahren durch unkontrollierte Migration" aus armen Ländern oder im weltweiten kapitalistischen Verteilungskampf um Rohstoffe und Märkte: Überall soll die Bundeswehr im sogenannten "Interesse" Deutschlands aktiv werden können. Dafür haben die Herrschenden die größten Rüstungsprojekte in der jüngsten Geschichte aufgelegt. Sie verschlingen die Gelder für soziale Reformen, sind eine Gefahr für die Demokratie und bedrohen den Weltfrieden. Die allerorten beklagten Haushaltsdefizite spielen keine Rolle mehr, wenn für die neuen Waffen und Ausrüstungen für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr in den nächsten 10 Jahren rd. 75 Milliarden Euro (!) und mal eben erst jüngst 1 Mrd. Euro zusätzlich für die sog. „robusten Mandate“ der Bundeswehr ausgegeben werden sollen.

Letztendlich bezahlen so die lohnabhängig Beschäftigten und die von Massenerwerbslosigkeit betroffenen Menschen die gegenwärtige Militarisation deutscher Politik!

Nach allen historischen und aktuellen Erfahrungen sind wir alle aufgerufen, den Widerstand gegen die Militarisation deutscher Politik zu verstärken, damit Deutschland nicht wieder an weiteren Kriegen und damit an Verbrechen gegen die Bevölkerung anderer Länder beteiligt sein wird.

Es reicht!

- Sofortige Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Keine Bundeswehreinheiten im Inland!
- Abrüstung statt Sozialabbau! Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen!
- Gleiche Rechte für Alle und die Wiederherstellung des vollen Asylrechts!

Für internationale Solidarität statt Ausgrenzung, Rassismus und Militarismus!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.